

**DER BUNDESMINISTER
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG****II-3630 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

GZ 10 072/298-1.1/85

Äußerung des Bundesministers für
Landesverteidigung vor dem Liberalen
Klub;

Anfrage der Abgeordneten Dr. ERMACORA
und Kollegen an den Bundesminister
für Landesverteidigung, Nr. 1637/J

1649/AB

1985 -12- 19

zu 1637/J

Herrn
Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. ERMACORA, KRAFT, KOPPENSTEINER und Kollegen am 18. Oktober 1985 an mich gerichteten Anfrage Nr. 1637/J beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu Frage 1:

Im wesentlichen ja.

Zu Frage 2:

Unter dem Blickwinkel einer durch den ressortverantwortlichen Minister wahrzunehmenden begleitenden Kontrolle der Planungsrealisierung ist es tatsächlich so, daß bis 1984 das Verteidigungsressort in Zugzwang kam die jährlich zugewiesene Budgetmittel zur Gänze zu verbrauchen, da nach den finanzgesetzlichen Bestimmungen ein Rücklage für das jeweilige Folgejahr nicht möglich war.

Dieser Zugzwang kam vor allem durch Lieferverzögerungen von Firmen sowie durch Zeitverschiebungen und Verzögerungen bei Großprojekten zustande.

- 2 -

Die von mir angeführte Problematik war jedoch nicht nur im Verteidigungsressort sondern auch in jenen anderen Ressorts vorhanden, deren Investitionsbudget nicht für das jeweilige Folgejahr rücklagefähig war, was selbstverständlich die Gefahr mit sich bringt, daß alle budgetführenden Dienststellen die von dieser kameralistischen Form der Budgetverwaltung betroffen sind verständlicherweise dazu tendieren, die gegen Jahresende noch nicht abverbrauchten Budgetmittel auch dann auszugeben, wenn deren Verwendung etwas später (im Folgejahr) wirtschaftlicher und zweckmäßiger gewesen wäre.

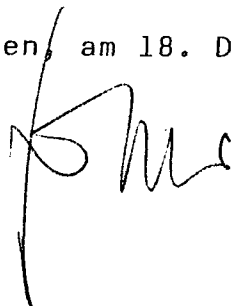
Da jedoch auf mein Betreiben der Finanzminister seit 1984 einer Rücklagenzuführung der im jeweiligen Finanzjahr nicht in Anspruch genommenen Teile der Investitionsausgaben für das daran anschließende Folgejahr zugestimmt hat fällt in Hinkunft der - vor allem durch Lieferverzögerungen erzeugte Zeitdruck - weg.

Persönlich möchte ich noch anmerken, daß es sich bei dieser Vereinbarung mit dem Bundesminister für Finanzen um ein Vorhaben handelt, welches (für alle Ressorts) schon seit Jahren auf parlamentarischer Ebene durch Abgeordnete der Freiheitlichen Partei betrieben worden ist.

Zu Frage 3:

Entfällt.

Wien, am 18. Dezember 1985

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'K. M.' or similar, written in a cursive style.